

Medienmitteilung vom 5. September 2003, 13.15 Uhr Sender: Universität Bern

„Reformen verändern Gemeinden und Kantone – aber nicht alle Ziele werden erreicht“

Politiker und Verwaltungskader debattieren an Tagung in Bern über Kantons- und Gemeindereformen

Verwaltungsreformen prägen die Schweizerische Politiklandschaft wie kaum je zuvor. Besonders verbreitet sind sie in den Gemeinden und Kantonen. Gemeindefusionen, verstärkte Zusammenarbeit, Veränderungen der politischen Systeme und New Public Management beschäftigen Politiker und Verwaltungen. Die Projektziele werden nicht immer erreicht.

An einer Tagung in Bern diskutierten am Freitag 180 Politiker und oberste Verwaltungskader die Ergebnisse von vier im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Zukunft Schweiz“ des Schweizerischen Nationalfonds verfassten Studien zu den Veränderungsprozessen auf kommunaler und kantonaler Ebene. Nebst den Forschenden präsentierten Praktiker aus Kantonen und Gemeinden ihre Erfahrungen mit umfassenden Reformen. Für die Organisation verantwortlich war das Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern.

Zwischen den Kantonen gibt es grosse Unterschiede, was die Reformfreudigkeit angeht. Thomas Widmer vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich, der die Studie zusammen mit dem Interface Institut für Politikstudien in Luzern verfasst hat, legte dar, dass Reformen vor allem in Kantonen mit einer mittleren Wirtschaftskraft besonders häufig an die Hand genommen werden. Offensichtlich können es sich die ärmeren Kantone nicht leisten, solche geld- und personenintensive Prozesse in Angriff zu nehmen, und bei den reicheren Kantonen fehlt der notwendige Druck. Widmer hat zudem die Auswirkungen von NPM untersucht: Die Wirkungsorientierte Verwaltung habe zu keinem Demokratieabbau geführt, aber auch nicht zu einer Stärkung der demokratischen Steuerungsfähigkeit.

Weniger Staat bei grösserer Mitsprache der Bürger

Dass die politischen Institutionen eines Kantons für die Staatstätigkeit von Bedeutung sind, zeigt die Studie von Adrian Vatter und Markus Freitag vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Eine eher geringe Staatstätigkeit ist auf eine intensive Mitsprache des Volkes bei Finanzvorlagen und eine ausgebaute dezentrale Entscheidungsstruktur zurück zu führen. Merkmale der Konkordanz- und Verhandlungsdemokratie führen demgegenüber zu einem expansiverem Staatshandeln.

Die Studie von Daniel Kübler und Brigitte Schwab vom Laboratoire de sociologie urbaine der ETH Lausanne kommt zum Schluss, dass sich die Probleme in den Agglomerationen nur gemeindeübergreifend lösen lassen. Allerdings hat die freiwillige

Kooperation Grenzen und es fehlt einer demokratischen Kontrolle dieser Zusammenarbeitsgremien.

Eine Förderung der demokratischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger steht in der Schweiz, anderes als in zahlreichen vergleichbaren Ländern, nicht im Vordergrund der Reformen in den Gemeinden. Gemäss Andreas Ladner und Reto Steiner vom Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern geht es hierzulande vor allem um eine qualitative Verbesserung des Leistungsangebotes und eine Stärkung der Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden. Nicht angestrebt wird hingegen ein Leistungsabbau. Reforminitiator sei vor allem die Exekutive, welche den Erfolg eines Projekts stark beeinflusse. Die Auswirkungen liegen oftmals hinter den Zielen zurück, dennoch zeigen sich positive Effekte.

Praktiker ziehen positives Fazit von Gemeindefusionen

Einen guten Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen konkreter Reformvorhaben gaben die drei Praxisreferate. Kurt Nuspliger, der Staatsschreiber des Kantons Bern wies auf die Gefahr hin, dass es trotz grosser Reformbereitschaft durch die schwierige wirtschaftliche Situation und das Spannungsverhältnis zwischen den Agglomerationen und dem ländlichen Raum zu einer Verlangsamung oder gar Blockade der Reformen kommen kann.

Wie stark die verschiedenen Reformen ineinander greifen, zeigten die Ausführungen von Judith Lauber, Vorsteherin des Amtes für Gemeinden im Kanton Luzern. Klar ist für sie, dass wenn die Gemeinden nicht zu Agenturen des Kantons verkommen wollen, eine bestimmte Mindestgrösse Voraussetzung ist. Nur starke Gemeinden können ihren Autonomie-Anspruch wahrnehmen.

Diesbezüglich einen grossen Schritt weiter ist man im Kanton Tessin, wo sich die Fusionsdiskussion nicht auf die kleinen Gemeinden beschränkt und sich das Agglomerationsgebiet um Lugano zu einem neuen Lugano zusammenschliesst. Der Sindaco von Lugano, Giorgio Giudici, stellte dar, wie ein derart anspruchvolles Projekt überhaupt durchgeführt werden konnte und hob die Rolle der Bürgerinnen und Bürger hervor, die hier deutlich reformfreudiger waren als gewisse Politiker.

Ziele unter Erwartungen, aber dennoch Innovationsschub in Verwaltung

Auch wenn nicht alle hochgesteckten Reformziele der letzten Jahre realisiert werden konnten, betonte abschliessend der Tagungsleiter Reto Steiner, so kann doch davon ausgegangen werden, dass die Reformen auf die Staatstätigkeit in den Kantonen und Gemeinden positive Auswirkungen gehabt haben. Im Vordergrund standen vor allem eine kundengerechtere und effizientere Leistungserbringung. In Zukunft wird man sich dann wohl wieder verstärkt der demokratischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zuwenden müssen.

Für Rückfragen: Reto Steiner, Tagungsleiter und Dozent am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, gibt Ihnen gerne weitere Auskünfte: 079 690 16 71.